

## **Die Besten im Westen**

### **Für Demokratie und soziale Gerechtigkeit**

#### **Aktuelle Lage und Strategie der NRW LINKE**

**von Rüdiger Sagel**

**Das spannendste politische Projekt in der Bundesrepublik findet "Derzeit" im Land NRW statt.**

**Mit dem Regierungswechsel im Juli 2010, der erst durch DIE LINKE.NRW zustande gekommen ist, wurde eine SPD/GRÜNE Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Hannelore Kraft und stv. Ministerpräsidentin Löhrmann ("Hanni und Nanni") ins Amt geschoben. Dieses politische Projekt ist mit Hinblick auf die Bundestagswahl 2013 von großem Interesse. Denn aktuelle Umfragen ergeben weder für SPD/GRÜNE noch CDU/CSU/FDP eine Mehrheit in Deutschland. DIE LINKE. NRW hat daher nicht nur landespolitisch sondern auch bundespolitisch eine besondere Rolle im Hinblick auf die weitere politische Entwicklung.**

Die SPD/GRÜNE Minderheitsregierung versucht seit ihrer Amtsübernahme neue - wenn auch hauchzarte - Wege in Richtung eines Politikwechsels zu gehen. Unterstützt wird sie in diesem Bemühen von der LINKE, die auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz in Leverkusen 2010 beschlossen hat, den "Politikwechsel aus der Opposition voranzutreiben". Mit Anträgen im Parlament, Aktionen in und außerhalb des Parlaments, bis hin zum Passieren lassen des ersten (Nachtrags-) Haushalts der Minderheitsregierung wurden und werden verschiedene Möglichkeiten der konkreten Einflussnahme von der LINKEN genutzt.

Von der Fraktion werden die vorhandenen Spielräume in der Regel flexibel, das heißt schnell und taktisch ergebnisorientiert, ausgefüllt. Was sich, in der mit 11 Abgeordneten relativ kleinen Fraktion nicht nur anbietet, sondern auch im Verhältnis zu den eher unbeweglichen größeren Fraktionen im Landtag Vorteile bringt. Was fehlt ist dagegen oft ein geplantes und durchorganisiertes Vorgehen, dies auch vor dem Hintergrund einer bisher fehlenden klaren Gesamtstrategie. Diese Defizite gilt es zeitnah aufzuarbeiten.

Die gewünschte politische Durchschlagskraft der LINKE wurde so bisher noch nicht erreicht. SPD und GRÜNEN gelingt es immer wieder politische Beschlüsse und Erfolge als ihr alleiniges Werk darzustellen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass diese beiden Akteure ein weitgehend klares Rollenspiel und thematische Schwerpunktverteilung haben und dass sie bisher größere

Kontroversen vermeiden konnten. Diese sind aber in Zukunft noch zu erwarten, da der Koalitionsvertrag viele Formelkompromisse und Verklausulierungen in sog. Prüfaufträgen beinhaltet. Dies kann und muss von der LINKE genutzt werden, insbesondere auch durch konkrete Ausarbeitung und Zuspitzung der vorhandenen Konflikte.

CDU und FDP als Oppositionsfraktionen im Parlament fühlen sich bisher von der selbsternannten "Koalition der Einladung" weitgehend nicht angesprochen und bleiben auch bewusst auf politischer Distanz. Wenn sie nicht mit interner Selbstbeschäftigung ausgefüllt sind, verwendeten sie meist das Instrument der politischen Skandalisierung u.a. durch Attacken auf die LINKE ("Verfassungsfeinde", "SED Nachfolgepartei", "Kommunistische Companeros"), um damit SPD und GRÜNE zu treffen und auch deren Glaubwürdigkeit zu desavouieren. Sie halten die LINKE damit auch im Gespräch, doch auch hier müssen mögliche Angriffspunkte noch besser herausgearbeitet und zielgerecht genutzt werden.

Die Erwartungshaltung in und an die Fraktion DIE LINKE ist sehr hoch. Dabei geht es neben dem Erhalt und der Profilierung einer glaubwürdigen Politik, "das höchste Gut", vor allem auch darum politisch etwas zu bewegen. In diesem Kontext gibt es eine Neigung zu Selbstüberschätzung und gleichzeitig der (persönlichen) Überforderung. Nur auf der Grundlage einer realistischen Selbsteinschätzung und der Vermeidung von zu hohem Druck und Stress kann es aber gelingen dauerhaft erfolgreich zu arbeiten. Ein gutes Arbeitsklima, solidarisches Umgehen miteinander, inner- und außerhalb der Fraktion, ist dabei unerlässlich.

Die Aufbauarbeit der Fraktion ist personell weitgehend abgeschlossen. Sie ist jetzt in der Konsolidierungsphase. Eine klare taktisch strategische Ausrichtung auch des Personals fehlt aber noch. Die Aufgabenverteilung muss in dieser Hinsicht überprüft und angegangen werden.

### **Die Neuwahl Drohung**

Die aktuelle politische Situation und Debatte ist bestimmt und findet vor allem vor dem Hintergrund drohender Neuwahlen statt. Dies bedingt durch die Situation einer vermeintlich instabilen Minderheitsregierung, die immer auf das Wohlwollen mindestens einer anderen Fraktion angewiesen ist. Hier soll und darf nicht unterschlagen werden, dass das öffentliche Interesse und vor allem auch der Medien (auch an der LINKE) größtenteils auf dieser Tatsache beruht und den damit verbundenen Umständen geschuldet ist. Dies bietet für DIE LINKE viele Vorteile, die fast in jeder anderen Konstellation so nicht gegeben wären. Dieses "politische Geschenk" muss optimal

und möglichst so lange genutzt werden, wie dies politisch vertretbar. Es ist das Eigentliche, was nicht nur die Situation in NRW ausmacht, sondern eben genau auch die bundespolitische Bedeutung dieses Projekts widerspiegelt.

Real erlebt man deshalb auch immer wieder, dass DIE LINKE zwar inhaltlich gefragt wird und ist, wie sie zu diesem oder jenem steht, dies aber letztlich nur vor dem Hintergrund von Neuwahlen und ob damit die Minderheitsregierung gefährdet ist. SPD und GRÜNE stehen aber mindestens genauso unter enormen politischen Druck wie DIE LINKE. Aktuell ist dies beim Thema Studiengebühren zu erleben, wo nun sogar die Ministerpräsidentin ein Machtwort spricht und mit der Neuwahldrohung Politik macht.

### **Haushalt und Neuwahl**

Es ist davon auszugehen, dass SPD und GRÜNE als Minderheitsregierung ihre mittelfristige Handlungsfähigkeit nur gegeben sehen, wenn es jenseits des Zufalls eine geplante parlamentarische Mehrheit für den Haushalt 2011 geben wird. Wahlen und das ständige Neuwahlpokern der Parteien strapaziert jedoch auch jede/n vernünftige/n BürgerIn. Hier bieten sich für DIE LINKE deshalb zahlreiche Möglichkeiten sich inhaltlich als Korrektiv, dass aber gleichzeitig auch als stabilisierendes Element wirkt, zu profilieren.

Die Ministerpräsidentin, die Mehrheitsverhältnisse im Landtag und DIE LINKE im Landtag sind noch so neu, dass die umsichtige Bearbeitung des Haushaltsplanes der Minderheitsregierung als die zentrale Bewährungsprobe für eine stabile politische Konstellation (mit der LINKEN als Korrektiv) in dieser Legislaturperiode angesehen wird.

DIE LINKE sollte grundsätzlich ein Zustimmung bei der Verabschiedung des Haushaltsplanes 2011 von vornherein nicht ausschließen. ("DIE LINKE will dem Haushalt zustimmen") Dies in Änderung der Strategie beim Nachtragshaushalt 2010 ("So nicht zustimmungsfähig"). Sie darf sich aber vor allem nicht in die Ecke manövrieren lassen, gegebenenfalls als Verursacherin für Neuwahlen dazustehen. Die Strafe wäre wahrscheinlich fürchterlich, ein erneuter Einzug in den Landtag massiv gefährdet.

Die Fraktion muss deshalb eine konkrete Projektliste anhand von Haushaltstiteln vorlegen in der die wichtigsten Einzelprojekte, inkl. Gegenfinanzierung, für 2011 aufgeführt sind. Sie muss den Druck so aufbauen, dass von dieser Minderheitsregierung eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesen Vorschlägen erwartet und dann auch geführt wird und macht ihr Abstimmungsverhalten von deren Berücksichtigung im Haushaltsplan abhängig.

Mit der didaktischen Aufbereitung und politischen Durchsetzung eines solchen Konzeptes können

auch die Köpfe der BürgerInnen/WählerInnen gewonnen werden. CDU/FDP werden vermutlich schäumen, was ebenfalls politisch genutzt werden kann. SPD/Grüne sollen und können mit der explizit ausgesprochenen Zustimmungsaussicht zum Haushalt unter Druck gesetzt werden, Projektvorschläge der LINKEN aufzunehmen und sich ernsthaft mit den Inhalten auseinanderzusetzen. Die LINKE wirbt mit Verbindlichkeit und wirklichen Verbesserungen für die BürgerInnen. So wird sich öffentlicher Druck aufbauen lassen, weil der Bürger mitgenommen werden kann und die Chance besteht, dass DIE LINKE in ihrer konstruktiven Konzeptarbeit wahrgenommen wird. Das politische Drohpotential einer Nichtzustimmung und einer Enthaltung ist weitgehend ausgereizt und würde in Sonderheit die FDP befeuern. DIE LINKE wäre auf diese Weise in aller Munde und in der Offensive.

## **Konsequenzen**

Notwendig sind:

1. Regelmäßige Strategietreffen
2. Telefonkonferenzen zur aktuellen Lagebesprechung insbesondere für Pressearbeit
3. Organisierte mittel- und langfristige Planung politischer Initiativen (Netzwerkaufbau mit Partei und außerparlamentarischen UnterstützerInnen)
4. Klare Aufgabenverteilung im Fraktionsvorstand und in Fraktion (u.a. auch Personal)
5. Controlling, Verantwortlichkeiten und Zuständige

## **Der Haushalt 2011 - Abkehr von der Kurzfristigkeit des Denkens**

Der Haushalt 2011 ist zunächst verschoben worden. Der Finanzminister ist öffentlich angeschlagen. Ein Verfassungsurteil mit möglicherweise problematischen Konsequenzen droht. Wir haben in NRW sehr hohe laufende Ausgaben und schieben große Schuldenberge vor uns her. Die Handlungsspielräume sind durch eine verfehlte Landes- und Bundespolitik in den letzten Jahren immer enger geworden. Wir haben Entscheidungen zu treffen, wie und ob wir gemeinsam mit der Minderheitsregierung nach Wegen suchen aus der Finanzmisere - mittelfristig - herauszukommen und insbesondere den Bürger dabei mitzunehmen. Wir könnten finanzpolitisch gemeinsam mit der Minderheitsregierung einen neuen Anfang wagen, der die Abkehr von der „Kurzfristigkeit des Denkens“ aufgreift und sich den „langfristigen Herausforderungen“ stellt und einer „neuen Finanzpolitik“ bzw. „präventiven Finanz- und Haushaltspolitik“ das Wort redet (vgl. Hannelore

Kraft). Gleichzeitig sind - kurzfristig - im Haushalt 2011 die linken, politischen und inhaltlichen Schwerpunktprojekte zu benennen und zu verankern, die als Ausdruck einer veränderten Landespolitik durch den Einfluss der Fraktion DIE LINKE wahrgenommen werden (Abschaffung Studiengebühren, Sozialticket, Handlungsfähigkeit Kommunen, Gebührenfreiheit Kita, Leiharbeit in landeseigenen Gesellschaften, etc.). Natürlich reklamieren SPD und GRÜNE jeden Politikwechsel höchst eifersüchtig für sich und verdrängen notorisch und erfolglos die Korrektivfunktion durch DIE LINKE. Die Köpfe der BürgerInnen hat DIE LINKE in NRW jedoch bisher mehr erreicht als SPD und Grünen lieb ist.

Sobald es um Finanz- und Haushaltspolitik geht, denkt die/der wählende BürgerIn und die/der schreibende JournalistIn: „Wenn ich für irgendwas Geld ausgeben möchte, muss ich auch sagen, wo das Geld herkommen soll“. An diesem Erfahrungshorizont in der vorherrschenden Meinung muss DIE LINKE auch weiterhin ansetzen. Natürlich landet man demzufolge in den parlamentarischen Haushaltsberatungen bei allen Forderungen schnell beim sogenannten Deckungsvorschlag. Es kann im Rahmen der Deckungsvorschläge nicht nur um die rein rechnerische Ausgeglichenheit von Ausgaben und Einnahmen („kameralistische“ Machbarkeit) gehen, sondern vor allem auch um sinnvolle politische Schwerpunktsetzungen. Vorschläge sind nicht von vorneherein gut, weil an anderer Stelle Kürzung bzw. Deckung belegt werden kann. Es muss immer die Frage nach der politischen Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen. Diese grundsätzlich andere Denk- und Herangehensweise weicht von der üblichen oberflächlichen bzw. arithmetischen Ausgleichsbetrachtung der HaushaltstechnikerInnen ab. Der rechnerische Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben - an sich - ist dabei nicht das Ziel der LINKEN, sondern es muss darum gehen, welche konkreten sozialen Projekte kurz-, mittel- und langfristig im jährlichen Haushaltsvollzug auf den Weg gebracht werden können.

DIE LINKE will vor allem Einnahmeverbesserungen durch eine gerechtere Steuerpolitik erreichen, denn die öffentlichen Haushalte sind unterfinanziert. Wir wissen aber, die steuerlichen Kompetenzen liegen fast ausschließlich auf Bundesebene. Die von den LINKEN vorzuschlagenden Maßnahmen müssen deshalb - wenn möglich - auch durch sinnvolle Einsparungen an anderen Stellen im Haushalt gegenfinanziert werden. Ohne seriöse Gegenfinanzierungsvorschläge setzt sich DIE LINKE sonst dem Vorwurf des „blanken Populismus“ aus. Gleichzeitig darf die mittelfristige finanzpolitische Konsolidierung nicht aus den Augen verloren werden und vor allem muss DIE LINKE auf diese Weise in der öffentlichen Diskussion ihre Glaubwürdigkeit als konstruktive politische Kraft behalten. Dazu gehört eben auch ein klares Bekenntnis zum grundsätzlichen Ziel

des Schuldenabbaus. Schulden, die von der CDU/FDP über lange Jahre hinweg verursacht wurden. Diese hinterlassenen Schuldenberge werden jetzt eben von diesen Kräften gerne verdrängt. Diese werden aber nicht ohne eine grundlegende Steuerreform der Verteilungsgerechtigkeit abgebaut werden können. DIE LINKE steht zu ihrer finanzpolitischen Verantwortung und sieht im Haushalt 2011 auch Einsparpotenziale und - gleichzeitig - politische Handlungs- und Gestaltungsspielräume. Niemandem im Lande kann man erklären, dass für die immensen Verluste der WestLB und deren Bad Bank Milliarden an Finanzierungsmitteln aus dem Haushalt mobilisiert werden können, aber für die Menschen in NRW und für die Verbesserung ihrer Lebenssituation keine Gelder zur Verfügung stehen („Für die Banken ist Geld da, für die Menschen nicht!“).

Die Positionierung um den Stellenwert der Staatsverschuldung darf bei uns nicht ideologisch überfrachtet werden. „So albern also eine Verteufelung öffentlicher Verschuldung ist, so wenig Grund gibt es, eine Ausweitung öffentlicher Kreditaufnahme von vornherein für fortschrittlich zu halten“ (Wagenknecht 06/2010). Die Auseinandersetzung wird außerhalb der LINKEN sowieso schon polemisch geführt und gleicht eher einem politischen Glaubenskrieg als einer rational nachvollziehbaren Klärung des Umgangs mit öffentlicher Verschuldung. Im Grunde sieht die große (neoliberale) Schar an KritikerInnen der öffentlichen Verschuldung den Staat als „unproduktiven“ Sektor und als „Kostgänger“ der Privatwirtschaft. Die beste öffentliche Verschuldung ist also der „Verzicht darauf“. Demgegenüber stehen die Vertreter des proaktiv handelnden Staates, der durch Interventionen nachteilige wirtschaftliche Entwicklungen ausgleicht bzw. korrigiert. „Die öffentliche Verschuldung wird instrumentell zur Kompensation stabilitätsspezifischer Funktionsdefizite der Privatwirtschaft eingesetzt (situationsbezogene Verschuldungspolitik)“ (vgl. Diehl/Mombert 1980). Hier stehen sich diametral unterschiedliche Positionen gegenüber, die dem staatlichen Handeln bzw. dem Staat eine komplett andere Rolle im wirtschaftlichen Gesamtgefüge zuweisen.

Es ist finanzpolitisch für uns reichlich problematisch bis schwierig, die gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten und Grenzen der öffentlichen Verschuldung in Niveau und Struktur zu bestimmen bzw. zu operationalisieren. In Sonderheit auf Länderebene stehen kaum Stellschrauben zur Verbesserung auf der Einnahmeseite zur Verfügung. Die von den meisten Finanzwissenschaftlern befürwortete sog. „goldene Regel“ sieht vor, dass öffentliche Investitionen (Sachinvestitionen) durch Kredite finanziert werden können. Diese goldene Regel erkennt also an, dass es neben der passiven Zukunftsvorsorge, die in einer Begrenzung der Verschuldung besteht, auch eine aktive Zukunftsvorsorge in der Form öffentlicher Investitionen geben muss. Eine wirklich nachhaltige

Finanzpolitik muss deshalb die aktive und die passive Zukunftsvorsorge gleichermaßen im Auge haben (vgl. Bofinger, Horn). In der Öffentlichkeit muss von uns deutlich gemacht werden, welche Zielkonflikte zwischen den ständig von neoliberaler Seite geforderten Steuersenkungen, der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und den Zukunftsinvestitionen bestehen.

Ein ausgeglichener Haushalt ist kein Selbstzweck und sagt auch nichts über die allgemeine Wohlstandsentwicklung aus. Staatsverschuldung in einer Volkswirtschaft kann man nie an absoluten Größen beurteilen, sondern immer nur an relativen Größen. Die Defizitquote kann man nie allgemeingültig formulieren, sondern ausschließlich in Abhängigkeit der Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes. Wenn also die Wachstumsrate des BIP (z. B. 5 %) höher als die Neuverschuldungsquote (Nettoneuverschuldung der öffentlichen Hand 3 %, Schuldenbremse Maastricht) ist, verringert sich auch die Schuldenstandsquote (60 % Schuldenbremse Maastricht). Wenn der Wachstumstrend des BIP unter dem Zinssatztrend bleibt, steigt die Zinslastquote und der staatliche Handlungsspielraum wird immer mehr eingeengt.

Solange demnach die Wachstumsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts gleich oder größer dem Wachstum der öffentlichen Netto-Neuverschuldung ist, bleibt die entscheidende relative Schuldenstandsquote unverändert oder sinkt sogar, obwohl die absolute Verschuldung zunimmt. Weder für Deutschland insgesamt, noch für Nordrhein-Westfalen wurden aber in der Vergangenheit die Bedingungen für eine zumindest konstante Schuldenstandsquote erfüllt. Die Wachstumsraten der Wirtschaft waren in Relation zu den Wachstumsraten der jeweiligen Verschuldungen zu schwach bzw. die Verschuldung war größer als das Wirtschaftswachstum. Neben der allgemeinen Schuldenstandsquote und der Netto-Neuverschuldung spielen innerhalb der Staatsschulden die Zinszahlungen für die aufgenommenen Kredite eine wesentliche Rolle. Bleibt der Wachstumstrend des Bruttoinlandsprodukts unter dem Zinssatztrend, steigt im Ergebnis die relative Zinslast, die Zins-Lastquote (vgl. Bontrup Anhörung 2011).

Der Weg der Konsolidierung des öffentlichen Haushalts führt - nach allgemeiner Logik - über die Stärkung des Wirtschaftswachstums und den Abbau der Arbeitslosigkeit. Der Staat muss zur Erfüllung seiner Aufgaben mit ausreichender Finanzkraft ausgestattet sein (vgl. Hickel, „Es gibt Alternativen zur neoliberalen Schrumpfpolitik“). Hier wird rekuriert auf eine „sozial gerechte Steuerpolitik“, die vorhandene Potentiale in der privaten und unternehmerischen Einkommenshöhe erfasst. Aus Sicht der LINKEN sollte eine solche Strategie Bestandteil einer

alternativen Finanzpolitik sein, die jeder eskalierenden Neuverschuldung des Staates längerfristig überlegen ist. „Auch DIE LINKE ist der Auffassung, dass die ausufernde staatliche Verschuldung die Handlungsfähigkeit staatlicher Instanzen einschränkt und daher mittelfristig auf ein ökonomisch vertretbares Maß reduziert werden muss. Im Gegensatz zur Politik der mit uns konkurrierenden Parteien wollen wir dies vor allem durch die Verbesserung der Einnahmen erreichen“ (Beschluss Parteivorstand DIE LINKE 03.07.2010).

Düsseldorf/Münster, Jan./Feb.2011